



(K)ein teurer Schlammassel

Die Umweltschutzexpertin der Thüringer Linksfraktion, Dr. Marit Wagler, erklärt, wie kommunale Unternehmen neue Herausforderungen beim Thema Klärschlamm gemeinschaftlich angehen, statt sich auf die Kräfte des Marktes zu verlassen.

Klärschlamm ist das Restprodukt aus der Abwasserbehandlung in Kläranlagen. Weil er reich an Phosphor, Stickstoff und Mineralien ist, ist er ein guter Dünger. Aktuell wird aber deutschlandweit nicht ganz die Hälfte der jährlich 1,8 Mio. Tonnen anfallenden Klärschlamm-Trockenmasse genutzt. Jetzt müssen die Kommunen neu ausloten, wie man mit dem Schlamm umgehen will.

Durch eine Änderung der Bundes-Klärschlammverordnung muss der im Schlamm enthaltene Phosphor ab 2029 von Kläranlagen mit mehr als 100.000 Einwohnerwerten zurückgewonnen werden, ab 2032 bereits bei 50.000 Einwohnerwerten.

Dies erfolgt durch Verbrennung des getrockneten Schlamms in besonderen Anlagen. Eine solche Anlage will der Zweckverband zur kommunalen Klärschlammverwertung Thüringen (KKT) im Industriegebiet Ronneburg errichten.



Klärschlamm wie dieser soll mit der Gründung eines neuen Thüringer Zweckverbandes kostengünstig verbrannt werden.

Der Zweckverband wurde 2021 als Anstalt des öffentlichen Rechts gegründet und besteht bereits aus 18 Abwasserzweckverbänden.

In der geplanten Verbrennungsanlage soll jedes Jahr der von 900.000 Thüringern erzeugte entwässerte Klärschlamm (65.000 Tonnen) verbrannt werden. Damit wird etwa die Hälfte des, laut Verordnung, bald zu behandelnden Klärschlammes erfasst. Erfurt will seine eigene Verbrennungsanlage bauen. Andere Zweckverbände wollen ihren Schlamm leider wie gehabt über private Anbieter entsorgen lassen. Der Weg mit der Gründung des eigenen Zweckverbandes dürfte langfristig kostengünstiger sein als sich auf private Entsorgungsunternehmen zu verlassen. Deshalb sind auch so viele Abwasserzweckverbände in Thüringen schon beigetreten. Gut so, denn die Idee ist innovativ. Kommunale Unternehmen gehen neue Aufgaben gemeinschaftlich an und verlassen sich nicht auf die Kräfte des Marktes. So lassen sich die Kostensteigerungen erträglich gestalten.

Freier Eintritt, statt Almosen!

Warum DIE LINKE kostenlosen Eintritt im Schwimmbad für Kinder unter 14 fordert.

Weimars Oberbürgermeister Peter Kleine (parteilos) möchte nicht, dass Kinder kostenfrei in den Sommerferien das Schwimmbad besuchen. Stattdessen will er, wie üblich, nur für Spenden werben.

20.000 Euro wollte DIE LINKE in den städtischen Haushalt 2023 einstellen. Damit sollte Kindern bis 14 Jahre in den Sommerferien freier Eintritt in das Schwannseebad ermöglicht werden. Viele Familien müssen wegen der explodierenden Preise jeden Cent dreimal umdrehen. Eine Urlaubsreise ist das Erste, was eingespart werden muss. Sich an Ferientagen im heimischen Schwimmbad zu tummeln und mal kurz die Sorgen vergessen, wäre nur eine kleine Entlastung für die Familien und eine Freude für die Kinder.

Neben Weimarer Unternehmen spen-



Über kostenfreien Eintritt in den Sommerferien konnten sich 2022 in Jena und in zahlreichen Städten anderer Bundesländer viele Kinder freuen.

deten kurioserweise auch die Stadtwerke für „unterstützungsbedürftige“ Kinder. Statt Kindern die Entscheidung zu überlassen, wann und wie oft sie während ihrer Sommerferien

baden gehen wollen, sind sie so abhängig vom Haushaltsbudget ihrer Familie bzw. vom Wohlwollen der jeweiligen sozialen Einrichtung im Quartier.

K. Seiler

Termine

ARGUMENTATIONS- UND MEDIENTRAINING
Erfurt: 15.4., 10:00 Uhr,
Trommsdorffstraße 4

KOMMUNALPOLITISCHE SPRECHSTUNDE
Digital: 18.4., 18:00 Uhr,
Link: thuringengestalter.de

Impressum

DIE THÜRINGENGESTALTER
Kommunalpolitisches Forum
Thüringen e.V.
V.i.S.d.P.: Markus Gleichmann
Landesgeschäftsstelle
Trommsdorffstraße 4
99084 Erfurt
Telefon: 0361 54128389